

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Donnerstag, 16. Jänner 1986

Blatt 120

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet: Amtseinführungen im Franz-Josef-Spital
(grau)

Kommunal:
(rosa)

Urlaubszuschüsse für Schwerstbehinderte
Vier Millionen für neue Kindertagesheime
Mariahilfer Straße: Ab Montag kein Durchzugsverkehr
stadtauswärts
Hatzl: "Warum informiert der 'Kurier' falsch?"

.....
Bereits am 16. Jänner 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Amtseinführungen im Franz-Josef-Spital

Utl.: Stacher: Erstmals akutpsychiatrische Abteilung in
Akutspital - Labormedizin wird vereinheitlicht

10 =Wien, 16.1. (RK-KOMMUNAL) Gesundheits- und Sozialstadtrat
Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER nahm Donnerstag die Amtseinführung des
neuen Primarius der Psychiatrischen Abteilung des
Franz-Josef-Spitals Dr. Heinrich DONAT und des neuen Leiters des
Zentrallabors dieses Krankenhauses Univ.-Doz. Dr. Kurt BAUER (als
Nachfolger von Univ.-Prof. Dr. Ferdinand REINHARDT) vor. Stacher
betonte in diesem Zusammenhang, daß durch die Einrichtung einer
akutpsychiatrischen Abteilung in diesem Krankenhaus dem Zielplan für
die psychiatrische und psychosoziale Versorgung entsprochen werde.
Der neue Vorstand des Zentrallabors gehöre einer Arbeitsgruppe an,
die eine Vereinheitlichung der verschiedenen Untersuchungsmethoden
erarbeitet.+++

Stadtrat Stacher erläuterte, Wien sei die einzige Stadt der
Welt mit einem psychosozialen Netz über die ganze Stadt.
Entsprechend dem Zielplan für die psychiatrische und psychosoziale
Versorgung sollen auf lange Sicht über Wien verteilte
Akutabteilungen eingerichtet werden, wie dies nun im
Franz-Josef-Spital geschehe. Auch im Sozialmedizinischen Zentrum Ost
sei eine gleichartige Einrichtung geplant. Derzeit gebe es im
psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe regionalisierte
Primariate. Stacher unterstrich die Bedeutung des Zusammenwirkens
zwischen stationärer Behandlung im Krankenhaus und den anderen
psychiatrischen Einrichtungen des Bezirks, wie dies nun im 10.
Bezirk vorbildlich verwirklicht werde.

In Wien gebe es seit einiger Zeit ein Team von Fachärzten, die
an einer Koordinierung der labormedizinischen Untersuchungsmethoden
in den einzelnen Krankenhäusern arbeiten, fügte Stacher hinzu.
Dadurch sollen vergleichbare Untersuchungsergebnisse erzielt werden,
sodaß Neuuntersuchungen nach Transferierungen zwischen den
Krankenhäusern in vielen Fällen entbehrlich werden können. (Schluß)
and/bs

Urlaubszuschüsse für Schwerstbehinderte

1 =Wien, 17.1. (RK-KOMMUNAL) Urlaubszuschüsse von je 1.000 Schilling werden 1.300 Behinderte erhalten, beschloß der Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Soziales. Damit trägt die Stadt Wien der Tatsache Rechnung, daß Schwerstbehinderte oft nur mit großen Schwierigkeiten ein geeignetes Urlaubsquartier finden, wozu noch zumeist überdurchschnittlich hohe Urlaubsaufenthaltskosten kommen.++++

Diese Aktion läuft nun bereits seit 1975, wobei die Behinderten von den Behindertenorganisationen vorgeschlagen werden. Selbstverständlich sind die Zuschüsse aber nicht an die Mitgliedschaft bei einem der Behindertenvereine gebunden. Sie werden auch an Behinderte vergeben, die sich beim Sozialamt oder anderen Dienststellen der Stadtverwaltung, wie zum Beispiel dem Gesundheitsamt, melden. (Schluß) zi/gg

NNNN

Vier Millionen für neue Kindertagesheime

2 Wien, 17.1. (RK-KOMMUNAL) Vier Millionen Schilling genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Bildung, Jugend und Familie für die Betriebsausstattung von fünf neuen Kindertagesheimen der Stadt Wien. Kindertagesheime im 17., 19., 21. und 22. Bezirk, die sich derzeit noch in Bau befinden, können damit mit Mobiliar und Einbauten versehen werden. (Schluß) jel/bs

NNNN

Mariahilfer Straße: Ab Montag kein Durchzugsverkehr stadtauswärts
Utl.: Rautner bittet Durchfahrer, weiträumig auszuweichen
3 -Wien, 17.1. (RK-KOMMUNAL) Kommenden Montag beginnen die
Vorarbeiten für den Bau der U-Bahn-Linie U 3 in der Mariahilfer
Straße. Damit tritt der erste Teil der "Verkehrsorganisation
Mariahilfer Straße" in Kraft. In der Richtung stadtauswärts kann
diese Straße nicht mehr durchfahren werden. Bautenstadtrat Roman
RAUTNER bittet alle Verkehrsteilnehmer, die bisher die Mariahilfer
Straße als Durchzugsroute nach Westen benützt haben, möglichst
weiträumig auszuweichen. Rautner: "Die Umleitungsstrecke Mariahilfer
Straße - Stiftgasse - Lindengasse - Stollgasse - Gürtel brauchen wir
dringend für die Versorgung des Bereiches Mariahilfer Straße - für
die Bewohner, für den Kundenverkehr und für die Lieferanten der
Wirtschaftsbetriebe."+++

Die Querverbindungen können fast durchwegs so wie bisher
befahren werden. Nur die Einbahn Kirchengasse - Barnabitengasse wird
"umgedreht", verläuft also jetzt von der Windmühlgasse in Richtung
Siebensterngasse. Diese Regelung ist ein Ersatz für die
Straßenverbindung Nelkengasse - Zollergasse, die während
verschiedener Bauphasen nicht befahren werden kann.

Eine wichtige Änderung ergibt sich für jene Verkehrsteilnehmer,
die die Felberstraße stadteinwärts fahren und direkt links in den
inneren Neubaugürtel einbiegen wollen. Das ist ab 20. Jänner nicht
mehr möglich. Die Umleitung: rechts in den äußeren Gürtel, dann
links über die Gürtelverbindungsfahrbahn gegenüber dem Westbahnhof
und wieder links in den inneren Gürtel. An dieser letzten Kreuzung
wird eine neue Verkehrslichtsignalanlage in Betrieb genommen.

Auch auf der "Erschließungsstraße" Lindengasse wurden neue
Verkehrssampeln installiert, um die Sicherheit der Fußgänger zu
gewährleisten und den Verkehr möglichst flüssig zu halten: an den
Kreuzungen mit der Kirchengasse, der Neubaugasse, der Zieglergasse
und der Schottenfeldgasse.

Der Autobus "13 A" fährt ab Montag in Richtung Norden die
Strecke Hofmühlgasse - Gumpendorfer Straße - Amerlingstraße -
Mariahilfer Straße - Kirchengasse (mit einer neuen Station an der
Ecke Kirchengasse/Mariahilfer Straße).

Der zweite Teil der neuen Verkehrsorganisation - im Bereich
Gumpendorfer Straße - tritt am 10. Februar (in verschiedenen Straßen
auch schon einige Tage vorher) in Kraft. (Schluß) sc/gg

Hatzl: "Warum informiert der 'Kurier' falsch?" (1)

4 Wien, 17.1. (RK-KOMMUNAL) Energiestadtrat Johann HATZL nahm Freitag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" zu der laufenden Gaspreis-Kampagne im "Kurier" Stellung. "Man muß sich fragen, welche Absicht dahintersteckt, wenn unabhängig von meinen tatsächlichen Äußerungen und ohne Nachfrage immer wieder die gleichen falschen Behauptungen aufgestellt werden", sagte Hatzl. "Ich habe deutlich erklärt, daß auch eine rückwirkende Tarifsenkung mit 1. Februar möglich ist, wenn der Bescheid der Preisbehörde vorliegt. Wir warten diesen Bescheid nur deshalb ab, um nicht innerhalb weniger Wochen drei verschiedene Tarife zu haben und gleichzeitig auch die konsumentenfreundliche Umstellung der Verrechnung auf Kubikmeter durchführen zu können.

Ich habe immer klargestellt, daß Vorteile für unsere Kunden, wenn sie tatsächlich gegeben sind, auch weitergegeben werden. Jedoch besteht der Gaspreis nur rund zur Hälfte aus den Einstandskosten. Bei den Investitions- und Erhaltungsaufwänden sind unter anderem die Speicherkosten gegenüber dem Vorjahr um 30,2 Prozent gestiegen, da in Zusammenhang mit der Verbilligung des Russengases auch die Verpflichtung zu einer Mehrübernahme eingegangen werden mußte, die sich positiv auf die Versorgungssicherheit auswirkt. Die Kosten für die Gasrohre sind um 14,3 Prozent gestiegen, die Personalkosten durch die letzten Lohnabschlüsse um 4,5 Prozent", stellte Hatzl fest.

Vergleiche mit der niederösterreichischen NIOGAS seien im Zusammenhang mit Tarifänderungen nicht glücklich gewählt, sagte Hatzl. Sowohl die Preisentwicklung wie auch die Betriebsstruktur - die NIOGAS hat zum Unterschied zu den Wiener Gaswerken rund 80 Prozent Großabnehmer - sind völlig unterschiedlich. (Forts.) roh/bs

NNNN

Hatzl: "Warum informiert der 'Kurier' falsch?" (2)

5 Wien, 17.1. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Hatzl: "Ich habe mit Interesse registriert, daß der "Kurier" die Auffassung vertritt, Änderungen bei den Einstandspreisen sollten sofort an den Konsumenten weitergegeben werden. In diesem Zusammenhang darf ich daran erinnern, daß bei der letzten Tariferhöhung im Vorjahr um rund sieben Prozent der Bescheid der Preisbehörde bereits mit 13. März vorlag, die Gaswerke die genehmigten Preise aber erst mit 29. April wirksam werden ließen, um eben die Heizkosten nicht durchschlagen zu lassen. Das bedeutete damals für die Gaswerke einen Einnahmementgang in Millionenhöhe."

Interessant sei , so der Energiestadtrat, daß in Zusammenhang mit den Problemen bei der verstaatlichten Industrie hier in einer Zeitung zwei völlig konträre Standpunkte zu finden wären: "Im Innenpolitik-Teil spricht sich der "Kurier" für eine vollständige "Entpolitisierung" des gemeinwirtschaftlichen Bereiches aus, in der Chronik wird massiv Druck auf Politiker ausgeübt, gegen die wirtschaftlichen Interessen kommunaler Betriebe zu handeln. Wenn man keine politischen Entscheidungen und Eingriffe will, müßte man die Tarifgestaltung zur Gänze den einzelnen Betrieben überlassen, die ihre Kalkulation ohnehin der Preisbehörde zur Überprüfung vorlegen müssen. Das zeige zumindest, daß eindimensionale Standpunkte in der Entpolitisierungsdebatte auf jeden Fall zweifelhaft wären", schloß Hatzl. (Schluß) roh/bs

NNNN